

Umsetzung der Inklusion

Aktive Bürger Bornheim begrüßen Klage

BORNHEIM. Die Aktiven Bürger Bornheim (ABB) begrüßen die Verfassungsbeschwerde der Kommunen gegen das Landesgesetz zur Umsetzung der Inklusion. Wie berichtet, zählt Bornheim zu den 52 Kommunen, die Klage eingelegt haben, um sich gegen hohe Kosten zu wehren. Georg Horch, sachkundiger Bürger der ABB-Fraktion im Ausschuss für Schule und Soziales: „Ich hätte nicht gedacht, einer Aktion des Bornheimer Bürgermeisters einmal vorbehaltlos zustimmen zu können.“

Die Stadt sei der Auffassung, dass die Kosten, die ihr etwa im Zuge von Umbauten an Schulen entstünden, nicht ausreichend durch das Konnexitätsprinzip gedeckt seien, hatte Bürgermeister Wolfgang Henseler erklärt. Das in der Landesverfassung festgelegte Prinzip bedeutet: Wer etwas bestellt, muss auch dafür bezahlen.

„Jetzt tritt genau das ein, wovor die ABB und die Piraten im Landtag gewarnt haben: Die Landesregierung fährt die Inklusion gegen die Wand“, meint Jürgen Weiler, ABB-Fraktionsmitglied im Stadtrat und Beisitzer im Kreisvorstand der Piratenpartei Rhein-Sieg.

Eine angemessene Finanzierung sei Grundvoraussetzung für das Gelingen von Inklusion. „Die Kommunen sind mit der Finanzierung überfordert. Durch die miserable Umsetzung der Inklusion leiden jetzt am meisten die Schüler, die unsere ganz besondere Aufmerksamkeit dringend brauchen“, so Weiler. hes